

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1919

108 (18.4.1919) Erstes Blatt

Bestandpreis: In Karlsruhe frei ins Haus geliefert vierteljährlich 4.80 M., monatlich 1.60 M., an den Ausgabestellen abgedruckt monatlich 1.50 M. In Stuttgart frei ins Haus gebracht vierteljährlich 4.80 M., Einzelnummer 10 Pf.

Berlin, Schriftleitung und Geschäftsstelle: Mittelstraße 1.

Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift „Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Anzeigen: Die dies. Anzeigensätze sind nach dem Tarif für den 1. April 1919 an der Stelle 1.20 M. Auf die Preise 30% Feuerungssteuern. Abdruck nach Tarif. Anzeigenannahme bis 12 Uhr mittags, kleinere Anzeigen bis 4 Uhr nachmittags. Vertriebsstellen: Geschäftsstelle Nr. 200, Berlin Nr. 207, Schriftleitung Nr. 20 u. 894.

Geschäftsführer: Gustav Koppert; verantwortlich für Politik: Martin Dolatner; für Baden, Soziales und Volkswirtschaft: Heinrich Gerhardt; für Kunst, Literatur, Sport und Wissenschaft: Carl Dellemer; für Inserate: Paul Kuhnmann. Druck und Verlag: E. W. Müller'sche Buchhandlung m. b. H., Ländle in Karlsruhe. — Berliner Manuskript- oder Druckfahnen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erlosch, wenn Porto beilag.

116. Jahrg. Nr. 108. Freitag, den 18. April 1919. Erstes Blatt.

Kunstgewerbeschule und Akademie.

Die Unzulänglichkeit der heutigen Akademie der bildenden Künste in Karlsruhe erscheint der Öffentlichkeit als bewiesen. Gleichzeitig ist die allgemeine Meinung darin einig, daß das badische Kunstgewerbe einer Reform bedarf. Es liegt daher der Gedanke nahe, beide Probleme im Zusammenhang zu lösen und dabei die unaufrichtige neuzeitliche Trennung der Lehrtätigkeit für angewandte und bildende Kunst wieder aufzuheben; jene wird damit belebt, diese wieder auf den festen Boden der Materialkenntnis gestellt werden, der alle ihre wirklichen Meister getragen hat. Das allgemein anerkannte Bedürfnis der Wiederherstellung intimer Beziehungen zwischen beiden Kunstgattungen begegnet sich überdies mit dem zwingenden Gebot parlamentarischer, also vereinfachter Staatsorganisationen. Nachdem beide Schulgattungen dem Unterrichtsministerium unterstellt sind, soll die Reform eingeleitet werden.

Auch die Verrückungen der Minister und Kunstanklagen erkennen einmütig die Notwendigkeit einer Verbindung der Kunstgewerbeschule und Akademie der bildenden Künste an. Folgerichtig ist und auch einfach durchzuführen die Verbindung der Lehrkräfte der Akademie für Zeichnung, Malen und Bildhauerei mit den Klassen der Kunstgewerbeschule in einer Anstaltsorganisation. Wenn aus der Kunstgewerbeschule einige Nebengebiete wieder zur Gewerbeschule zurückgeführt werden, so kann eine Kunstschule für die Lehrgänge der angewandten und der bildenden Kunst der idealen und allgemein anerkannten Förderung der Wiederherstellung dieser beiden Gebiete, der Hoffnung ihrer gegenseitigen Belebung und Befruchtung dienen und gleichzeitig unangebrachte und lästige Rangfreistellungen verschwinden lassen. Es ist dann eine Frage der Geschicklichkeit und des Glückes, in diese Kunstschule die richtigen Lehrer zu berufen, die in dem unangenehmsten großen Gebiete des Kunstunterrichts neues Leben entwickeln. Einige Vakanten bieten schon bald den Raum dazu.

Zu der Weiterabteilung der bisherigen Akademie der bildenden Künste handelt es sich um den Ersatz von Trübner und Schönleber, in gewissem Sinne auch von Thoma, der seit Jahren seine Lehrtätigkeit mehr ausübt. Es muß vor der Berufung neuer Kräfte entschieden werden, ob künftig die Meisterstätten der bildenden Kunst nicht freistellender, weniger nach Anstaltsart als im Sinne einer Körperlichkeit mit weitgehender Selbstverwaltung organisiert werden könnten. Es könnte die Gelegenheit zu einer freieren Gruppierung der angehenden Künstler um einige allgemein angeordnete und lehrende Meister bereitet werden; diese Form bestünde auch die oft gekündigten Vorzüge der ausländischen Meisterstätten. Die Unterrichtsverwaltung will, dem Vernehmen nach, diesen seit längerer Zeit von ihr abgelegten Gedanken nun zur Ausführung bringen und kann wohl hoffen, daß er in den freiesten Ertüchtungen auf allen geistigen Gebieten einen genügend starken Träger findet. Die Verlegung der kunstgewerblichen Sammlungen aus dem Gebäude der bisherigen Kunstgewerbeschule bietet in Verbindung mit einigen andern einfachen Maßnahmen den nötigen Raum für diese Meisterstätten der bildenden Künste. Im Volke könnte so wieder ein lebensvoller Stammföhrer zum natürlichen Träger einer aus dem Innern der Kunstgewerbeschule hervorgehenden Selbstverwaltung der freien Künste werden.

Die formalen, organisatorischen Aufgaben sind in dieser Arbeit gelöst; finanziell wird der Staat entlastet; die Kunstpflege aber erhält frische Luft und stärkere Pulschlag, also Hoffnung auf neues Leben. Und dieses Ziel muß auch mit ruhiger Bestimmtheit in den Personalfragen festgehalten werden.

Der Achtstundentag.

Von Dr. Otto Hörenbach.

Die in der Vergangenheit mit Arbeitszeitverkürzung gemachten Erfahrungen sind keineswegs entmutigend. Der Einwand vor allem, daß die abnorme Freizeit vom Arbeiter in Mühsal und Wirtschaftseln verbracht werde, ist widerlegt durch die Erfahrungen der Beobachtungen der Arbeiterinspektoren. Der Trinkbrennweinverbrauch im Jahre 1912 von 44 auf 28 Liter weisen Alkoholgenuss. Die Reformen in Frankreich, daß die Arbeitszeit verkürzt wurde, hat sich als einseitig bestätigt; Schüler berichtet für die Schweiz Produktionssteigerung und Kostensenkung hauptsächlich durch Vermehrung des „Overmanns“ der Maschinen, freilich auch ein Interesse technisch rückständiger Betriebe; v. Schulze-Gebert hat in der Textilindustrie Nordenslands künstliche Wirkstoffe beobachtet; in der Feinmechanik und Optik der Weltweit in den in der Weltweit, nach einander Darlegung von Abbe, mit bestem Erfolge eingeleitet worden; für eine Schwefelsäurefabrik weist Promont für den Übermann zum Dreifachsten (7½ Stunden effektive Arbeit) ein Sinken der Produktionskosten von 30 Prozent nach. In der schwierigsten wirtschaftlichen Gegenwartsproblem ist die Arbeitslosigkeit; jedes Mis-

Die Friedensverhandlungen.

Die Einladung an die deutschen Vertreter zu den Vorparlamentsverhandlungen. (Eigener Drahtbericht.)

h. Berlin, 17. April. Der Vorsitzende der internationalen Waffenstillstandskommission in Spa General Audant hat, wie wir hören, in Spa dem Vorsitzenden der deutschen Kommission General v. Hammerstein den Text der vom Präsidenten Wilson gehaltenen Ansprache im Vizeerrat über die Einladung der deutschen Delegierten am 25. April nach Versailles überreicht. Damit ist die Einladung an die deutschen Vertreter zu den Vorparlamentsverhandlungen erfolgt. Die deutsche Delegation wird voraussichtlich am nächsten Woche nach Versailles reisen, während die Mitglieder der deutschen Friedenskommission, der auch die Waffenstillstandskommission angehört, sich von Spa aus nach Paris begeben werden.

h. Rotterdam, 17. April. (Eig. Drahtbericht.) Wie die „New York Sun“ aus Paris berichtet, will Wilson in Frankreich bleiben, bis die Deutschen den Friedensvertrag unterzeichnet haben. Er werde also frühestens Anfang Juni in Amerika eintreffen können. Wilson sei der Ansicht, daß die Unterhandlungen mit Österreich und der Türkei und Bulgarien nicht lange dauern würden. Er hoffe, bei seiner Rückkehr dem Senate sämtliche Verträge unterzeichnet vorlegen zu können.

Die Saargebetsfrage und die Befehung der Rheinlande.

(Eigener Drahtbericht.)

h. Berlin, 17. April. Der Reichsminister Graf Brockdorff-Ransau erklärte in einer Unterredung mit dem Berliner Vertreter der „New Times“ auf die Frage, welche Stellung die deutsche Regierung gegenüber der neufranzösischen Erklärung der Sabotageagentur über die Realisation der Saargebetsfrage und die militärische Besetzung der Rheinlande einnehme, daß er in der vorläufigen Realisation der Saargebetsfrage nichts als eine Sache der Politik ansehe. Graf Brockdorff-Ransau erklärte: Ich würde einen Friedensvertrag, der die Bestimmungen enthält, niemals unterzeichnen. Deutschland ist bezüglich Frankreich für seine verübten Verbrechen schadlos zu leisten. Wenn an Stelle von Volkstimmen erhabene Geschäftsleute diese Fragen zu regeln hätten, so würden sie einen Weg finden, der Frankreich sicherer zu einem ausreichenden Erwerb verhelfen und damit zu einer Annäherung statt zu einer dauernden Entfremdung der beiden Völker führen wird. Wir sind bereit, den französischen Friedensdelegierten entsprechende Vorschläge zu machen. Auf die Frage, welche Stellung die deutsche Regierung wegen des linken Rheinufers einnimmt, sagte der Minister: Eine Entschaffung Deutschlands an seiner Rheinlande würde extrahäufig sein, wenn sie auf Geheiß der Alliierten beruht. Die deutsche Regierung hält an der Notwendigkeit fest, daß mit dem Abschluß des Friedens der Grund für die Besetzung des linken Rheinufers durch feindliche Truppen wegfällt.

Berlin, 17. April. In einer Unterredung des Spezialkorrespondenten der „New York Sun“ A. A. Wigand, mit dem Reichsminister des Auswärtigen Grafen Brockdorff-Ransau, sagte dieser, er könne nicht glauben, daß die Erklärung der Sabotageagentur über die Realisation der Saargebetsfrage und der militärischen Besetzung des linken Rheinufers mehr als ein Verzichtsschritt sei, wenn sie wie viel die öffentliche Meinung Deutschlands ertragen könne. Der angegebene Inhalt der Erklärung sei sehr im Widerspruch mit den Grundsätzen, die Präsident Wilson als Unterlage für den Friedensschluß vorgelegt habe, die von den beiden Kriegführenden im November 1918 angenommen wurden.

Bern, 17. April. Die sozialistische Presse legt den Kampf für den Frieden in äußerst scharfer Weise fort. Die „Quinze“ geht erneut in einer Bekundung auf die Regelung der Frage des Saarlandes ein und schreibt: Man muß blind sein, wenn man nicht in einer solchen Regelung den Kern zu neuen Konflikten erblickt. Diese Regelung zeigt das ungeheure Resultat, zu dem das Kompromiß zwischen dem französischen Imperialismus und den Wilsonschen Grundsätzen geführt hat. Wenn der Krieg wieder über die Welt kommen sollte, so wird er von diesem Zeitpunkt herkommen, in dem man die Wunden des Krieges erkennt. „Journal du Peuple“ sagt, man müsse nur bestätigen, daß angesichts eines solchen Friedensresultates England und Deutschland sich auf Kosten der Entente verbinden würden.

Lloyd George über die Friedensfrage.

London, 17. April. (Heute.) Lloyd George begann seine Rede im Unterhaus damit, daß er zugab, daß die ganze Welt ungeduldig auf den Frieden warte. Er wies andererseits auf das Mischeln der Aufgaben der Delegierten hin, denen Probleme von noch nicht dagewesener Schwierigkeit und Wichtigkeit gegenüber ständen. Er wies darauf hin, daß zehn neue Staaten entstanden seien. Einige, die unabhängig seien, andere, die halb abhängig seien und einige, die möglicherweise unter Schutz herrschaft stehen würden. Ihre Grenzen müßten abgegrenzt, wenn nicht endgültig festgelegt werden. Die Grenzen von 14 Ländern müßten neu gezogen werden. Lloyd George verwies auf die internationalen Vereinbarungen über Arbeit zu fragen hin, die bisher noch nicht verhandelt worden seien. Dennoch gäbe es noch große Experimente, an denen der ganze Frieden hänge, nämlich die Gesellschaft der Völker, zu lösen. Ein Fehler könnte

zu einem allgemeinen Kriege führen. Fast jedes Volk der Erde sei an der Beratung dieser Probleme beteiligt und das reichste die Zeit, die dafür in Anspruch genommen werde. (Beifall.) Die Konferenz müsse ihre Arbeiten abkürzen, denn sie habe, während sie verhandelt habe, aufzubauen, in vielen Ländern die Grundlagen der Gesellschaft einzufrühen. Fragen, von denen man vor dem Kriege nie gehört habe, hätten jetzt beinahe einen Konflikt zwischen zwei alliierten Staaten verursacht. Die Schwierigkeiten am Balkan hätten eine Atmosphäre von Unruhe erzeugt, aus der heraus der Krieg entstanden sei. Eines der charakteristischsten Merkmale der gegenwärtigen Lage sei, daß infolge der Zerbröckelung großer Reiche Mitteleuropas in Völkernationen ballantisiert worden sei.

Die Lage in Russland sei eines der kompliziertesten Probleme, die jemals begegnet seien. Niemand könne behaupten, daß die Organisation, die Zentralrussland beherrsche, gleichzeitig de facto für ganz Russland bestehe. Von Anerkennung könne keine Rede sein. Dies sei niemals vorsehbar gewesen und niemals in Betrachtung genommen worden, daß eine Regierung Russland vertritt. Aber dies greifen die hochentwickelten Heere in diesem Augenblick die Freunde der Alliierten in Russland an. Lloyd George sah jedoch auf den Vorschlag einer militärischen Intervention zu sprechen und sagte: Wie immer die Stimmung in England sein möge, die praktischen Schwierigkeiten eines großen militärischen Vorstoßes in Russland seien ungeheuer. Russland habe wohl den Feind im Lande gesehen, sei aber niemals von einem auswärtigen Lande erobert worden. Selbst wenn eine Eroberung möglich wäre, so würden doch die politischen Schwierigkeiten bestehen bleiben. Lloyd George sagte, er würde lieber Russland den Bolschewiken überlassen, als Großbritannien infolge einer solchen Intervention an der Spitze zu machen. Er sei überzeugt, daß es der größte Irrtum wäre, eine militärische Intervention in Russland zu betreiben. Die englische Politik sei eine gewalttätige Hebergriff des Bolschewismus auf die alliierten Länder zu verhindern. Deshalb organisiere England alle Hilfskräfte in den alliierten Ländern und in den benachbarten Gebieten von der Ostsee bis an das Schwarze Meer. Wenn der Bolschewismus eines der alliierten Länder angriffe, so wäre es die Pflicht Englands, es zu verteidigen. Die Politik Englands sei die einander bekämpfenden Parteien in Russland dazu zu bewegen, die Erreichung einer allgemeinen annehmbaren Regierung zu befrachten, die die Alliierten als russische Regierung anerkennen könne. Er zweifle nicht an dieser Lösung. Es seien unvermeidbare Anzeichen dafür vorhanden, daß Russland wieder emporzukehren und wenn es erst wieder gesund und normal sei, dann sei es Zeit für die Alliierten, in Russland Frieden zu machen.

Ueber die Friedensbedingungen sagte Lloyd George, die Vertreter der Großmächte seien zu einem vollständigen Einvernehmen über die großen ungelösten Fragen bezüglich des Friedens mit Deutschland gelangt. Sie hätten diese Fragen bereits formuliert, und er hoffe, daß die Ende der nächsten Woche vorgelegt werden würden. Lloyd George sagte ferner: Die französischen Soldaten, die er in den verwiterten Gebieten getroffen habe, hätten gesagt, es sei ein guter Frieden. Niemand hätte die neuen Probleme und die besonderen Empfindlichkeiten Europas mit ihren alten Erfahrungen an nationalen Konflikten im Vergleich behandeln können als die Präsidenten Wilson. (Beifall.) Die Konferenz habe niemals die Forderung des Friedens von dem heftigsten Frankreich getrennt worden. Frankreich habe ein Recht darauf, vor einer Wiederholung des Angriffes geschützt zu sein. In allen Fragen, die uns vorgelegt werden, gelangen wir zu einstimmigen Beschlüssen. (Beifall.) Die Friedenskonferenz hat einstimmig und ohne Gegenbeschlüsse, daß es ein heftiger erster Versuch sein würde, die Friedensbedingungen zu veröffentlichen, ehe sie mit dem Feinde geschlossen würden. Keine Friedenskonferenz habe jemals ihre Verhandlungen öffentlich gehalten. Wir wollen mehr einen guten Frieden, als eine gute Presse haben. (Beifall.) Jede Verpflichtung der Regierung sei in die Forderungen der Alliierten aufgenommen worden. Die Regierung sei niemals um ein Jota von diesen Forderungen abgewichen. Sie habe davon festgehalten, weil sie sich für berechtigt gehalten habe. Wir wollen, sagte Lloyd George, einen strengen Frieden, weil der Fall es verlangt. Aber es dürfe nicht berechtigt sein, Anzeigungen zu betreiben, sondern Gerechtigkeit zu üben. Jede Gewalt und jede Verbindung muß in gleicher Weise beendet werden.

Nachdem wir im Krieg einen so hohen Prozentsatz unseres Volkvermögens verbraucht und abgemut haben, schwerverschuldet und von Lebensmitteln und Rohstoffen entblüht sind, scheint nur eine höchste Anstrengung von Arbeitsdauer und Intensität uns mehr retten zu können. Dem widersprechen jedoch verschiedene Faktoren höherer Arbeitsebene. Die wünschenswerten gesteigerte Güterproduktion bereitet der Feind, den wir noch sehr lange im Land haben werden, durch Kontrolle der Aus- und Einfuhr; unsere Schifffahrt ist vor allem von ihm abhängig; unsere schwache Flotte ist auf unabsehbare Zeit dem Handel ein Hindernis; die Ordnung unserer Finanzen bringt unermesslich hohe Verlebenskosten, drückende Verbrauchssteuern und eine Umwälzung des Besitzes; das alles hemmt die Produktivkraft. Unsere Volkswirtschaft ist beschwert mit einem abnormen Inventar von Gütern und Menschen. Wir müssen Notgedrungen ein launhaftes Tempo einschlagen. Wer sich dieser Einsicht nicht verschließt, wird sich schließlich auch dem Absturz in den Abgrund befunden können. Wie viele von uns und wie viel uns diese Notgedrungen gemächliche Wirtschaftsweise ernähren, leiden, wohnen lassen wird, das wird sich zeigen. Einer unerträglichen Ausbeutung durch das Ausland wird aber vielleicht gerade der Maximalarbeitszeit vorbeugen. Menschenlöhne in die ist das Grundlegende. Wir sind durch den Krieg ausgerechnet und schwach, aus der Revolution gehen wir hart erholungsbedürftig und nervös hervor. Übertriebene Dast der Arbeit würde sich mehr als die durch Krankheit, Unfälle, Anpalität, das ist Menschenbelastung rächen, während der Mensch zur Mäßigung ein kräftiges, geistiges Geschlecht erhalten, ein Anreiz für die Technik und Organisation, den Ausfall auszugleichen, sein wird, indirekt produktiv und für eine fernere Zukunft entscheidend. Der demokratischen Weltanschauung entspricht auch, jedem Bürger ein möglichst großes Maß von freier Zeit, von privater Lebensbeteiligung zu sichern. Hierin darf man sich sowohl in politischer als in wirtschaftlicher Beziehung Grotes verziehen.

Das Geschenk des Achtstundentags verliert gegenüber den Lasten keine Gültigkeit. Der Schwerpunkt der Frage liegt nicht in der vermeintlichen Arbeitsminderung, sondern in der Ausdehnung des Achtstundentags. Am Kleinsten, im Handel und im privaten Bureau war die Sache am leichtesten neu. Was aber in der Industrie, in Staatsbetrieben und im Bergbau durchzuführen ist, muß auch der Handel auf sich anwenden lassen. Wirtschaftliche Schwierigkeiten werden sich bloß im Handwerk und Kleinhandel ereignen, in letzterem erleichtert durch den anemomischen 8 Uhr-Abenddienst bis morgens 9 Uhr. Was vollends den Beamten längst angeschlossen ist, erscheint billiger auch für alle anderen Sektoren, Richter und Richter. Möglichst allerdings ist bei dieser Konzentration, daß manche kleine Unternehmung durch die Notwendigkeit der Einstellung weiterer Hilfskräfte unvorteilhaft wird und eingeben muß; unumwidlich wird auf die Dauer eine stärkere Differenzierung der Löhne sein. Da nicht jeder Arbeiter und Angestellte in 8 Stunden daselbst wie früher in mehr wird leisten können. Nicht erhoben ist die Forderung generell für Landwirtschaft und häusliche Dienste, auch unveränderlich mit der Natur dieser Arbeit und Dienstleistungen; hier kann bei der Unabänderlichkeit und notwendigen zeitlichen Gütern, zeitweiligen Minderungen ein Ausbau an Muskel- und Nervenkraften auch nicht befürchtet und einem Säuberbedürfnis allenfalls durch wöchentliche oder jährliche Ruhezeiten genügt werden. Freilich hat die Landwirtschaftsordnung vom 24. Januar 1919 auch da schon eingegriffen und bestimmt, daß die ständige Schichtarbeitszeit in 4 Monaten durchschnittlich 8, in 4 Monaten 10 und in weiteren 4 11 Stunden betragen, daß darüber hinaus geleistete Überstunden besonders zu vermeiden sind, und die Zeit vom Hofe zur Arbeit und zurück einbezogen werden müssen. In dieser Form wird sich bei allem Willen auch der Landwirt mit der neuen Zeit abfinden können.

Einem unaufrichtigen Eroberungsangriff die geschickliche Entwidlung des Maximalarbeitszeit. Schon reizen sich auch im Ausland die Arbeiterorganisationen, gerade bei unsen Genossen. In England ist der Achtstundentag in Eisen- und Stahlindustrie bereits bewilligt; die Arbeiter fordern 6 stündige Arbeitszeit, die Verkehrsarbeiter 4, Textilarbeiter 4½, Seiler und Schiffbauer 47, die bis herigen 54 Wochenstunden; die Bauarbeiter tonat 40, und die Landarbeiter 47, die Päder außerdem Abschaffung der Nachtarbeit. Wir werden nicht lange allein sein mit dem Achtstundentag, wenn auch keine internationale Bindung des Weltbewerbs so bald erfolgt. Das geschieht dann vielleicht ohne unser Zutun, da wir zuerst einmal als solche Einfluß haben, vielmehr — wie einst Robert Owen — bekämpft und verbessert werden als alibiische Anhänger der Lehre vom volkswirtschaftlichen Senen der kürzeren Arbeitszeit.

Neuerdings (18. März) wird hinsichtlich aller Anzeigten reichsweitlich der Achtstundentag und eine Ruhezeit von mindestens 11 Stunden verordnet. Beginn und Ende der Arbeitszeit und der Pausen sind entweder tariflich oder vom Arbeitgeber im Einverständnis mit dem Anzeigellenauschuss oder der Anzeigellenrat festzusetzen und durch Ausschuss bekanntzugeben. Darüber hinaus dürfen Arbeiten in Notfällen, im öffentlichen Interesse oder zur Befriedigung des Verkehrs von Waren oder des Wohlstandes von Arbeiterorganisationen vorgenommen werden, worüber ein Verzeichnis zu führen ist. Der Arbeitgeber darf an 20 Tagen im Jahr Überarbeit nicht über 10 Stunden und 10 Uhr abends) anordnen, was auf einer Anzeigellenrat jeweils vorher einzutragen ist. Ausnahmen kann der Demobilisationskommissar anlassen. Die Verordnung erfasst alle landwirtschaftlichen, technischen und Büroangestellten und Lehrlinge, nicht solche in leitender Stellung (Vorarbeiten von 20 Anzeigellen oder 50 Arbeitern oder mit 7000 M Gehalt), und nicht die Land- und Forstwirtschaft und die Apotheken; wohl aber gilt sie für alle Arbeitgeber einschließlich Arbeitgeber des öffentlichen Rechts.

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 8 Seiten.

Im Anmarsch gegen München.

Aus den uns vorliegenden Meldungen geht hervor, daß alle verfügbaren Truppen, besonders aus Regensburg und Ingolstadt, gegen München in Bewegung gesetzt sind...

Anruf an die Bauern. — Waffenablieferung. — Schließung der Vergnügungstotele.

München, 17. April. Die Korrespondenz des Volkswirtschaftlers meldet: Die Wirtseigenen des Volkswirtschaftlers des Betriebs- und Soldatenrates...

Der Münchner Stadtkommandant Geyrhofer fordert in einem Appell an die Arbeiter auf, Disziplin zu halten, Kampagnen und Besatzungen zu bilden und in geschlossenen Rügen zu demonstrieren...

Nach einer neuen Verfügung sind sämtliche Konditionen des Cafés und Konzertsäle geschlossen zu halten. Die Herstellung von Konditionen ist untersagt...

Der Münchner Frühjahrs ist gestern mit einiger Verzögerung in Augsburg eingetroffen, führte aber keine Post mit.

Verhandlungen nördlich von München.

(Eigener Drahtbericht.)

6. Bamberg, 17. April. Der Vormarsch des Reichskorps Ebb vom Saale bei Gotha gegen München hat bereits begonnen. In München reagieren inwischen die Ertalklichen Leuten und Bentheimer hüllia millicirlich. Sie hindern die Blünderungen nicht...

Die Regierungstruppen 10 Kilometer vor München. (Eigener Drahtbericht.)

6. Bamberg, 17. April. Die Regierungstruppen stehen etwa 10 Kilometer vor München. Freilich sind etwa 30 Kilometer nördlich von München in der Richtung nach Regensburg und Landsberg...

Angsburn, 17. April. Gestern Abend 11.15 Uhr kam nach mehrtägiger Pause wieder der erste Personenzug aus München hier an. Ein Reiterbericht der „Angsburner Post“, bei dem auch die Truppen der Regierung...

Die bayerische Regierung ist jetzt an die Reichsregierung mit der Bitte um militärische Hilfeleistung auch aus Württemberg zur Deckung der Ordnung und Sicherheit und zur Befreiung der anarchoisichen Gefahren in Südbayern heringetreten...

Der irtümlicherweise in Regensburg verhaftete Bayernführer Ganderer befindet sich wieder in Freiheit und hält sich gegenwärtig in Bamberg auf.

Von Lindau aus unternommen bedaffnete Ertalklichen auf dem Bodensee mit Motorbooten einen Vorstoß gegen Friedrichshafen, um die dortigen Dampfer und Zeppeleinverte an sich zu bringen. Sie wurden aber abgewiesen.

Die Streiklage.

Beendigung des Ausstandes in der Badischen Anilin- und Sodafabrik.

Ludwigschafen a. Rh., 17. April. Der Ausstand der Beamten der Badischen Anilin- und Sodafabrik ist gestern nachmittags beendet worden. Die Arbeit wurde heute früh wieder aufgenommen.

Die Verhandlungen.

(Eigener Drahtbericht.)

6. Berlin, 17. April. Der Berliner Ausstand der Anstellten hat am Donnerstag keine Erweiterung erfahren. Die Anstellten der Straßenbahn, der Hoch- und Untergrundbahnen haben sich gegen die Teilnahme am Ausstand erklärt.

Gegen den Ausstand.

(Eigener Drahtbericht.)

6. Berlin, 17. April. In geheimer Abstimmung nahmen gestern die Angestellten des Hauses Hiltel & Co. zum Ausstand Stellung. Die Abstimmung endete mit dem Ergebnis, daß 654 gegen den Ausstand und 76 für denselben abgegeben wurden.

Abbruch des allgemeinen Ausstandes in Düsseldorf.

Düsseldorf, 17. April. Der allgemeine Ausstand steht vor dem Zusammenbruch. Nachdem in den Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken der Betrieb wieder aufgenommen worden war, wurde gestern bereits wieder in vielen Betrieben gearbeitet.

Düsseldorf, 17. April. In den am Mittwoch abgehaltenen Betriebsversammlungen der streikenden Arbeiter wurde mit überwiegender Mehrheit der Beschluß gefaßt, den allgemeinen Ausstand in Düsseldorf sofort abzubrechen und bereits heute Donnerstag früh die Arbeit wieder aufzunehmen.

Kein allgemeiner Ausstand im Wuppertal.

Berlin, 17. April. Berliner Blättermeldungen zufolge sind die Wuppertaler, auch im Wuppertal einen allgemeinen Ausstand herbeizuführen, vollständig abgelehnt. Die Beamten lehnten mit großer Mehrheit den Eintritt in den Streik ab.

Abflauen des Bergarbeiterstreiks im Ruhrgebiet.

Essen a. d. R., 17. April. Bei der Wirtseigenen verminderte sich gestern die Zahl der Ausständigen abends um über 1200. Sie betrug 88 030 gegen 87 271 bei der vorletzigen Wirtseigenen. Anstand wird auf 52 Schichtarbeiten wieder voll gearbeitet.

Abbruch des Generalstreiks in Mülheim (Ruhr).

Mülheim a. d. R., 17. April. Die Mülheimer Arbeiterzeitung berichtet in einer heute abgehaltenen Massenversammlung den allgemeinen Ausstand abbrechen und morgen die Arbeit wieder aufnehmen zu lassen.

Die Bankbeamten in Dresden.

(Drahtmeldung unterz Dresden-Korrespondenten.) Dresden, 17. April. Sobald das Standrecht aufgehoben ist, wollen die Bankbeamten in den Ausstand treten, wenn bis dahin die Forderungen nicht bewilligt sind.

Ausstand der Bankbeamten in Chemnitz.

Chemnitz, 17. April. Die hiesigen Bankangestellten sind gestern in den Ausstand getreten. Sämtliche Banken haben geschlossen.

Leipzig, 17. April. Die Straßenbahnangestellten haben beschlossen, zur Durchsetzung ihrer noch nicht erfüllten Lohnforderungen sofort in den Ausstand zu treten.

In Oberschlesien.

Reuthen i. Oberl., 17. April. Auf der Wisnardschütze wurde gestern Generaldirektor Thiel und Direktor Wöhler von der Arbeiterzeitung abgelehnt. In der Vereinigten Königs- und Laubhütte wurde für den kommenden Montag der Eintritt des Generaldirektors Hüger verlangt.

Der Ausstand in Bremen und die amerikanischen Lebensmittel.

Bremen, 17. April. Die Lebensmittelkommission machte bekannt, daß wegen der Ausstände die für Samstag beabsichtigte Verteilung von Kartoffeln und Mehl nicht erfolgen könne.

Bremen, 17. April. Der allgemeine Ausstand hat gestern im Laufe des Tages an Stillehung fast des gesamten Straßenbahnverkehrs geführt. Nur wenige Linien halten den Betrieb zeitweilig aufrecht.

Regierungsgruppen gegen Bremen.

(Eigener Drahtbericht.)

6. Berlin, 17. April. Infolge der Bedrohung der Lebensmittelversorgung in Bremen durch den dort proklamierten allgemeinen Ausstand haben sich Regierungstruppen gegen Bremen in Bewegung gesetzt.

Der Vormarsch der Märker. — Eichhorn aus Braunschweig geflüchtet.

(Eigener Drahtbericht.)

6. Berlin, 17. April. Wie wir erfahren, hat der Vormarsch des Korps Märker in Braunschweig begonnen. Wolfenbüttel ist bereits kampflos besetzt worden.

Die Braunschweiger Regierung hat eine Anzahl von angehenden Bürgern als Geiseln festgenommen. General Märker hat erklärt, daß die Festnahme von Geiseln nach dem Kriegsgesetz bestraft werden würde.

Die deutsche Republik.

Die Gründe zu Schiffers Rücktritt

Sind auf staatsrechtlichem und politischem Gebiet zu finden. Schiffer hatte nach einer Meldung aus Frankfurt a. M. Bedenken gegen die Schaffung eines neuer Stellen und hat diese Bedenken auch bei der Auffassung des Staatsrechts geäußert.

Der deutsche Wirtschaftskongress.

Berlin, 16. April. Der deutsche Wirtschaftskongress veranlaßte heute seine dritte Sitzung, die sich mit dem Mittelpunkt des Interesses lebenden Fragen der Kamern der Arbeiter und des Rates hielten.

Die Pariser Konferenz.

Genf, 16. April. Präsident Wilson hat gestern der französischen Presse die Erklärung übermitteln lassen, daß er die Berufung der deutschen Friedensunterhändler auf den 25. April durchsetzt hat.

Erbschaftsteuer.

Der Entwurf eines Reichserbschaftsteuergesetzes ist im Finanzministerium jetzt soweit fertiggestellt, daß er schon in nächster Zeit dem Staatsausdruck ausgeben kann.

Neubesetzung der Auslandsposten.

Von maaßenber Seite wird dem W. B. mitgeteilt: Verschiedene Reaktionen haben Nachrichten gebracht des Inhalts, das Auswärtige Amt habe sich auf Kabinettsbeschlüssen an die drei Wehrheitsfraktionen gewandt mit der Bitte, solche ihrer Angehörigen zu benennen.

Die Sorgen der Garnisonstädte.

Von aufständischer Seite wird mitgeteilt: Die Nationalversammlung hat beschlossen, das deutsche Meer aufzulösen. Wenn auch wohl damit gerechnet werden wird, so ist seine Stärke und Obedienza zur Zeit noch hüllia unbekannt.

Die Sorgen der Garnisonstädte.

Von aufständischer Seite wird mitgeteilt: Die Nationalversammlung hat beschlossen, das deutsche Meer aufzulösen. Wenn auch wohl damit gerechnet werden wird, so ist seine Stärke und Obedienza zur Zeit noch hüllia unbekannt.

Die Sorgen der Garnisonstädte.

Von aufständischer Seite wird mitgeteilt: Die Nationalversammlung hat beschlossen, das deutsche Meer aufzulösen. Wenn auch wohl damit gerechnet werden wird, so ist seine Stärke und Obedienza zur Zeit noch hüllia unbekannt.

Die Sorgen der Garnisonstädte.

Von aufständischer Seite wird mitgeteilt: Die Nationalversammlung hat beschlossen, das deutsche Meer aufzulösen. Wenn auch wohl damit gerechnet werden wird, so ist seine Stärke und Obedienza zur Zeit noch hüllia unbekannt.

Die Sorgen der Garnisonstädte.

Von aufständischer Seite wird mitgeteilt: Die Nationalversammlung hat beschlossen, das deutsche Meer aufzulösen. Wenn auch wohl damit gerechnet werden wird, so ist seine Stärke und Obedienza zur Zeit noch hüllia unbekannt.

Nachrichte, in Jahrhunderte in ihren Mauern gestanden haben, zu verlieren und sich deshalb an die Regierung wenden. Können kann aber in diesem Anstand keine Antwort werden, da die Aufhebung des Gesetzes noch hüllia ungewiß ist.

Der erste sozialistische Landrat in Preußen.

Am Kommissarischen Landrat des Kreises Rütin ist der Vorsitzende des dortigen Arbeitervereins, Kaufmann Koppenbrink, vom preussischen Minister des Innern ernannt worden.

Sillegung des Verkehrs.

Die Frankfurter Eisenbahndirektion teilt mit: Die diesseitigen Kohlenbarrikaden sind aufs äußerste aufammengekommen, so daß in mehren Tagen der gesamte Personenverkehr und demnach auch der gesamte Güterverkehr zum Stillstand kommen wird.

Von der Tagespresse.

Das Eisenunrecht am Odenwälder Anzeiger und an der Buchdruckerei Schmitt in Lindensfeld im Odenwald ist an Dr. G. A. Schend dort übergegangen, der auch die Schriftleitung übernimmt. Dr. Schend steht auf dem Boden der uneingeschränkten Demokratie.

Norwegens Teilnahme.

Der Berliner norwegische Gesandte v. Ditten hat dem Reichsminister des Auswärtigen, Grafen Brockdorff-Ransau, die ausdrückliche Teilnahme der norwegischen Regierung anlässlich der Ermordung des sächsischen Kriegsministers Neutina ausgedrückt.

Zur Friedensfrage.

Zur Unterzeichnung des Friedensvertrags.

Bern, 17. April. Der Basler Korrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung“ drückt: An der Absicht, daß die Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Deutschland wahrscheinlich am 2. Mai in der Schweiz an Versailles stattfinden werde.

Die Pariser Konferenz.

Genf, 16. April. Präsident Wilson hat gestern der französischen Presse die Erklärung übermitteln lassen, daß er die Berufung der deutschen Friedensunterhändler auf den 25. April durchsetzt hat.

Die deutsche Lebensmittelinfuhr aus neutralen Ländern.

Sana, 17. April. Dem dort. Büro zufolge teilt das internationalisierte Handelskomitee in Sana mit, daß fortan, um Deutschland in die Lage zu setzen, in neutralen Ländern für den Einkauf von Lebensmitteln Kredit zu erhalten, keine Firma in einem neutralen Lande durch Gebühre auf die Schwarzliste bestraft wird.

Wieder dänische Lebensmittel.

Berlin, 17. April. Die Abendblätter melden, daß die vor einigen Tagen einseitige Ausfuhr von Lebensmitteln, namentlich von Butter, Eiern und Vieh, von Dänemark nach Deutschland in den nächsten Tagen in normaler Ausdehnung wieder aufgenommen werden kann.

Die Blodade.

London, 17. April. (Reuter.) Lord Robert Cecil sprach im Unterhause die Heberzeugung aus, daß die Wehrheit der Neutralen, die den jünsten Konferenzen beigewohnt hätten, innerhalb einer kurzen Zeit Mitglieder des Völkerverbundes sein würden.

Die Blodade.

London, 17. April. (Reuter.) Lord Robert Cecil sprach im Unterhause die Heberzeugung aus, daß die Wehrheit der Neutralen, die den jünsten Konferenzen beigewohnt hätten, innerhalb einer kurzen Zeit Mitglieder des Völkerverbundes sein würden.

Die Blodade.

London, 17. April. (Reuter.) Lord Robert Cecil sprach im Unterhause die Heberzeugung aus, daß die Wehrheit der Neutralen, die den jünsten Konferenzen beigewohnt hätten, innerhalb einer kurzen Zeit Mitglieder des Völkerverbundes sein würden.

Die Blodade.

London, 17. April. (Reuter.) Lord Robert Cecil sprach im Unterhause die Heberzeugung aus, daß die Wehrheit der Neutralen, die den jünsten Konferenzen beigewohnt hätten, innerhalb einer kurzen Zeit Mitglieder des Völkerverbundes sein würden.

Die Blodade.

London, 17. April. (Reuter.) Lord Robert Cecil sprach im Unterhause die Heberzeugung aus, daß die Wehrheit der Neutralen, die den jünsten Konferenzen beigewohnt hätten, innerhalb einer kurzen Zeit Mitglieder des Völkerverbundes sein würden.

Die Blodade.

London, 17. April. (Reuter.) Lord Robert Cecil sprach im Unterhause die Heberzeugung aus, daß die Wehrheit der Neutralen, die den jünsten Konferenzen beigewohnt hätten, innerhalb einer kurzen Zeit Mitglieder des Völkerverbundes sein würden.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

(Nachdruck des mit einer Giffre versehenen Artikels "nur unter Quellenangabe gestattet.")

Die deutsche Industrie im wirtschaftlichen Verteidigungskampfe.

Von Walter Petrich,
Mitarbeiter des Orient-Instituts.

Nachdem der Kampf mit den Waffen zu Ungunsten Deutschlands entschieden worden ist, stehen wir vor einem neuen, dem wirtschaftlichen Konkurrenzkampf. Wir sind gezwungen, ihn unter so ungünstigen Bedingungen anzunehmen, daß wir uns von vornherein nur auf eine Defensivbeschränkung beschränken können. Trotzdem ist der Wille zum Siege ungebrochen. Wir wollen das deutsche Wirtschaftsleben trotz und allem zu neuer Blüte erwecken. Jedoch müssen wir uns hierbei darüber im Klaren sein, daß dies nur gelingen kann, wenn eine kluge Staatspolitik der deutschen Industrie den entsprechenden Schutz gewährt. In Sonderheit wird der Erfolg des deutschen Wirtschaftskampfes im wesentlichen davon abhängen, ob wir das feindliche Angriffsverfahren rechtzeitig und richtig erkennen, und ob wir dann stark und klug genug sind, die richtigen Gegenmaßnahmen zu treffen.

Das feindliche Angriffsverfahren im wirtschaftlichen Konkurrenzkampf scheint sich dem strategischen Standpunkte nach wie folgt zu gestalten:

Zunächst hat man den Gedanken an ein gemeinsames, geschlossenes Auftreten auch auf wirtschaftlichem Gebiet Deutschland gegenüber etwa in der Form der Boykottierung in den affizierten Staaten fallen lassen müssen. Nur überängstigte französische Ultraconservativen glauben noch an die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Boykottierung Deutschlands. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß die zwischenstaatlichen, einander widerstrebenden

Wirtschaftsinteressen der feindlichen Einzelstaaten so gewaltig sind, daß eine Boykottierung Deutschlands auf die Dauer unmöglich ist. Sodann zwingt das staatliche und wirtschaftliche Eigenleben der feindlichen Einzelstaaten zum individuell-staatlichen Handeln.

Demnach wird der allgemeine Wirtschaftskampf sich grundsätzlich aus einer Summe von mehr oder weniger selbständigen einzelstaatlichen Teilangriffen zusammensetzen. Diese Teilangriffe überleitet werden dem eigenartigen Wirtschaftsleben der Einzelstaaten und ihrem Kräfteumfang entsprechend in der Art und der Richtung ihrer Durchführung verschieden ausfallen. Trotzdem aber werden sich in der strategischen Anlage der verschiedenen Teilangriffe, soweit sie von der feindlichen Staatspolitik systematisch geleitet werden, gemeinsame Grundzüge finden.

Zunächst weiß man, daß je eher und wichtiger der wirtschaftliche Stoß gegen die noch in der Widerentwicklung befindliche deutsche Industrie geführt wird, desto größer und nachhaltiger die Erfolge sind. Sodann bedenkt man, den wirtschaftlichen Aufschwung Deutschlands durch möglichste Zurückhalten der Rohstoffe aufzuhalten. Deutschland soll möglichst lange der zahlende Konsument der feindlichen Produktion bleiben. Deshalb wird man ferner Halbfertig- und vor allem Fertigfabrikate möglichst umfangreich und billig abzugeben suchen, um dadurch die in ungünstigen Produktions- und Lohnverhältnissen stehende inländische Industrie konkurrenzunfähig zu machen.

Angelehnt dieser Tatsachen befindet sich die deutsche Staatswirtschaftspolitik in einer schwierigen Lage.

Außenpolitisch wird sie durch den rücksichtslosen Siegeswillen der Entente erheblich in ihrer Handlungsfreiheit eingeschränkt werden. Trotzdem muß sie auch unter der völkerverrechtlichen Vormundhaft der Entente bemüht sein, durch grenzte, verdringende Behandlung der feindlichen Einzelstaaten aus dem Widerstreit ihrer gegenseitigen wirtschaftlichen Gegensätze den entsprechenden Nutzen zu ziehen.

Innerpolitisch muß ihr Bestreben ferner dahin gehen, unter bestmöglicher Berücksichtigung der konsumierenden Bevölkerung den Aufbau der deutschen Industrie durch Beschaffung von Rohstoffen und zweckentsprechendem Schutzgoll zu unterstützen. Die Rücksichtnahme auf die Konjunktur würde sich im Interesse eines schnellen Erläutens der heimischen Industrie grundsätzlich zunächst auf die Bedarfsartikel des täglichen Lebens zu beschränken haben. Darüber hinaus ist auch gleichzeitig zur Erreichung einer günstigen Handelsbilanz eine Schutzgollpolitik für Halb- und Ganzfabrikate, deren Herstellungsmöglichkeit in Deutschland zu erwirken ist, zu fordern, selbst auf die Gefahr hin, der Konjunktur für die erste Zeit des Wiederanlaufes Entbehrungen aufzuerlegen.

Videant consules . . . !

Petroleum und Getreide gegen deutsche Eisenwaren. Zwischen Deutschland, Österreich und Rumänien ist ein Vertrag zustande gekommen, der einen Austausch von Petroleum und Getreide gegen deutsche Eisenwaren vorsieht. Der Transport soll auf der Donau vor sich gehen und sichert sein.

Börseheimer Kreditbank, A. G., Börseheim. 1918 sind 23 Kreditgebühren eingelaufen und davon 20 (90) mit M. 156 150 (249 810) bewilligt worden. Der Gewinn geht auf M. 4872 (M. 32 258) zurück, von dem M. 4628 verpagungen werden. (S. 2. 4. Proq. Dividende und M. 20 646 Reserve zum Debitorenfonds.) Generalversammlung 5. April.

Die Besten & Guillaume-Affingergesellschaft in München (Bayern) schlägt eine Dividende von 10 (15) Prozent vor.

Revolution und Handel sind zwei Worte, die eigentlich stets zusammen geföhrt werden müßten. So paradox es klingen mag, der Handel trotz seiner Scheinbar so soliden Außenwelt ist doch etwas durchaus Revolutionäres: ein ständiger Erneuerer, eine dauernd alle Werte beiseite schiebende und neue Werte schaffende Macht. Andererseits ist er nicht

nur selbst etwas Revolutionäres, sondern auch der wahr Irarund aller Umwälzungen, wie ein roter Faden zieht sich durch die Geschichte der Revolutionen, die Geschichte der Wirtschaftsentwicklung und ihres Einflusses auf das öffentliche Leben. Es ist deshalb fast etwas Selbstverständliches, wenn eine kaufmännische Zeitschrift von der Bedeutung der „Zeitschrift für Handels-Wissenschaft und Handels-Praxis“, Carl Ernst Boeckel Verlag, Leipzig, ihr neues Heft als Revolutions-Sonderheft herauszugeben hat.

Vom Wetter.

Bitterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Orts-Zeit	Barom. mm	Temper. in C	Wind. i. Proq.	Wolke	Wetter
16. April Karlsruh. 220 U.	—	9,7	—	—	—
16. April Badst. 228 U.	—	6,6	—	—	—
17. April Brgs 720 U.	—	5,7	—	—	—

Gedächtnis-Temp. am 16. April 10,0, die höchste in der darauffolgenden Nacht 5,3. Niederschlagsmenge gemessen am 17. April 4,7 mm.

Rhein-Verkehrskarte, morgens 6 Uhr:

Orts-Zeit	Barom. mm	Temper. in C	Wind. i. Proq.	Wolke	Wetter
17. April	—	—	—	—	—
Schutterzinsl.	2,86 m	—	—	—	2,86 m
Rehl	3,76 m	—	—	—	3,76 m
Wagau	6,07 m	—	—	—	6,07 m
„	—	—	—	—	mittags 12 Uhr
„	—	—	—	—	abends 6 Uhr
„	5,83 m	—	—	—	5,83 m

Wanzen

samt Brut, sowie anderes Ungeziefer läßt man am sichersten mittelst unserem neuesten Spezial-Verfahren vollständig vernichten. Billigste Berechnung. Reelle Bedienung. Abnahme für die Herren Hausbesitzer unter besonders günstigen Bedingungen.

Deutsche Versicherung **Anton Springer** gegen Ungeziefer nur Ettlingerstr. 51. Telefon 2340

Telegramm!!
Wann haben wir Frieden??

So ist die tägliche Frage, wegen der damit zusammenhängenden Teuerung sämtlicher Lebensmittel, besonders in den jetzt so ungehaltenen Preisen der unentbehrlichen Getranken. Es ist daher besonders in der Wahl derselben größte Vorsicht zu beachten.

Rufen Sie die Nr. 3182 telephonisch an und Sie erhalten, was Sie wünschen, nämlich das bekömmlichste, billigste, milchsäurehaltige Getränk „Chabeso“.

Bad. Chabesofabrik
Karl-Friedrichstr. 18. Karlsruhe.

Riempps
Deutscher Schwarzer Tee

neue Herstellungsart
ein vorzügl. Teegetränk
ähnlich dem chinesischen Tee

Verlangen Sie
Frei-Probe
in allen einschlägigen Geschäften

Christian Riempp
Karlsruhe.

Naturhaarzöpfe

vorrätig in allen Farben und Preislagen, aus garantiert deutschem Frauenhaar.
Anfertigung v. Transformationen.
Garantiere für tadellosen Sitz.
Ankauf von Wirrhaar.

Damen-Frisier-Salon Frida Schmidt
19 Herrenstraße 19
Ecke Kaiserstraße, in der Nähe der Uhr.
Bitte auf die Hausnummer achten.

Genüßreiche Stunden durch schöne Hausmusik verschafft ein

Harmonium

Reiche Auswahl zu mäßigen Preisen.

H. Maurer Kaiserstr. 176 Ecke Hirschstr
Belehrende Schriften über das Harmonium u. die Hausmusik kostenlos.

Krankensufube.

Gegen anstehende Krankheiten, gegen lästige Geräusche, zur Beseitigung von Nerven aller Art, zur Stimmberichtigung gegen chronische Grippe ist die **Capenaform** das bestbew., angenehm riechende u. ärztl. empfohl. Desinfektionsmittel. Alleinverkauf G. Roth, Hofweg.

Bebauungsplan für das alte Bahnhofgelände u. den Festplatz d. Stadt Karlsruhe

Aufgestellt von Professor Dr. Karl Moser. 1912. Groß-Quart. mit 7 Seiten Text und 20 ganzseitigen Abbildungen und Plänen auf Mattschreibpapier. Preis Mf. 2.—.

Die Wassertraktanlage im Murgtal

oberhalb Forbach. Bearbeitet von der Generaldirektion der Badischen Staatsbahnen. 1910. Groß-Quart. 53 Seiten Text und 43 Karten und Zeichnungen, gebunden in Halblein. Preis Mf. 6.—.

Die Preise verstehen sich ausschließlich Teuerungszuschlag.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung und auch vom Verlag:

G. J. Müllerische Hofbuchhandlung m. b. H.
Ritterstr. 1. Karlsruhe i. S. Tel. 297

Marx Gutmann
Kaiserstraße 241
empfiehlt:
sämtliche Werkzeuge für die Holzbearbeitung
Kehleisen, Wellenleisen, Schnitzleisen, Möbelbeschläge sowie alle sonstigen Schreinerwerkzeuge.

Pianos

in größter Auswahl, insbesondere Qualitäts-Pianos, zu niederen Preisen im

Odeon-Musikhaus
Karlsruhe, Kaiserstraße 175. Tel. 338.

Harmonium zu vermieten.

S. Schweisgut, Erbsenstr. 4.

Erfindungen

Patent-Bureau
Gebrauchsmuster H. Halle
Teleph. 205. Pforzheim

Zur Hautpflege:

- Elcaya-Creme
- Elektra
- Kaloderma
- Teras
- Nivea
- Mandel
- Alpenblüten
- Lilienmilch
- Uralla
- Kombella
- Aok

und andere empfiehlt

H. Bieler
Parfümerieladen
Kaiserstraße 223
zwisch. Douglas- u. Hirschstr.

Leder-Reisetaschen
Leder-Schulranzen
Damentaschen
Brieftaschen
Geldbeutel
Frühstückstaschen
Wachstuchschultasch.
Sporttaschen
Stoffrucksäcke
mit breiten Lederriemen
solange Vorrat

Kofferhaus
Geschw. Lämmle
51. Kronenstraße 51
Telephon 1451.

J. Hartmann
Karlsruh. 22, Hth., II
empfiehlt
moderne Blusen
in Seide, Tüll u. Voile.
Sportjacken und Kostümröcke.
— Mäßige Preise. —

Daniels
Konfektionshaus
Wühelstr. 34, 1 Tr.
Seidenmäntel
Seidenjacken
Seidenröcke
zu billigen Preisen.

Heirat.

Arbeiter, 28 Jahre alt, ev., wünscht mit ein. Fräul. od. Witwe sweds. wäner. Heirat bekannt zu werden. Angebote unter Nr. 613 ins Tagblattbüro erbet.

Die unterzeichneten Mitglieder der

Vereinigung der Wäschereien von Karlsruhe und Umgegend. E. V.

sehen sich genötigt, ihre Preise zu erhöhen und bitten, von nachstehenden Notierungen Kenntnis zu nehmen.

Die abermalige Preissteigerung ist in den enorm angewachsenen Rohmaterial- und Kohlenpreisen, sowie in den erhöhten Arbeitslöhnen begründet. Die Unterzeichneten bitten ihre geschätzte Kundschaft, dem Rechnung zu tragen und empfehlen sich auch fernerhin angelegentlich.

15. April 1919.

Bad. Dampfwaschanstalt
G. m. b. H., Baden-Baden.

C. Bardusch,
Dampfwaschanstalt Ettlingen.

Fuß,
Dampfwaschanstalt Bulach.

Icken & Pfützner,
Dampfwaschanstalt G. m. b. H. Bulach.

Albert Lau,
Dampfwaschanstalt Karlsruhe.

Franz Maisch,
Dampfwaschanstalt Karlsruhe.

Gottfried Pfizenmaier,
Dampfwaschanstalt Beiertheim.

Berthold Roll,
Dampfwaschanstalt Bulach.

Dampfwaschanstalt Schorpp,
Karlsruhe.

Friedrich Süpfle,
Dampfwaschanstalt Bulach.

E. Wendt,
Dampfwaschanstalt Ruppurr.

PREIS-LISTE:

a. Stärke-Wäsche:

Stehtragen	Stück 50 Pfg.	Vorhemd	Stück 75 Pfg.
Ecktragen	„ 65 „	Herrenhemd mit gestärkter Manschette	„ Mk. 1.50
Stehmleger	„ 60-70 „	Herrenhemd ohne gestärkte Manschetten	„ 1.30
Manschetten mit od. ohne Aermel	Paar 90 „		

b. Leib- und Haushaltungs-Wäsche:

gebügelt ungebügelt		gebügelt ungebügelt	
Herrenhemd	Stück 60 Pfg. 40 Pfg.	Unterbettuch	Stück 65 Pfg. 45 Pfg.
Herren-Nachthemd	„ 70 „ 45 „	Oberbettuch	„ 75 „ 45 „
Herren-Unterhosen	„ 60 „ 40 „	Kissenbezug	„ 45 „ 30 „
Herren-Unterjacken	„ 80 „ 40 „	Bettbezug	„ 70 „ 50 „
Herren-Socken	Paar 40 „	Servietten	„ 15 „ 12 „
Taschentuch	Stück 10 Pfg. 10 „	Handtuch	„ 18 „ 12 „
Damen-Taghemd	„ 60 „ 45 „	Tischtuch bis 2 m	„ 65 „ 45 „
Damen-Bekleid	„ 80 „ 45 „	Tischtuch bis 3 m	„ 80 „ 60 „
Damen-Nachjacke	„ 85 „ 45 „	Frottehandtuch	„ 35 „
Damen-Unterhülle	„ 45 „ 35 „		
Damen-Nachthemd	„ 70 „ 50 „		
Damen-Strümpfe	Paar 40 „		

Maxim

Vornehmstes Weinrestaurant
Herrenstr. 16. am Platze. Telefon 419.

Teehaus Rondellplatz
feinstes Familienkaffee am Platze.

Jeden Abend und Sonntag nachmittags
Künstler-Trio
von Bretschger.

Das Musik-Instrument

GRAMOLA

ist nach dem Urteil von Autoritäten wie Leo Blech, Arthur Nikisch, Richard Strauß u.a. unübertroffen

Unsere Künstler:

Bosetti	Hensel
Burmester	Hutt
Burrian	Jadlowker
Caruso	Knots
Dastinn	Knüpfel
Elman	Kreiser
Farrar	Kubelik
Feinhals	Matzenauer
Heinemann	Schwarz
Hompel	Slozak usw.

Gesang Orchester Instrumentalmusik

Druckschriften u. Vorspiel der Apparate bereitwilligst ohne Verbindlichkeit

Deutsche Grammophon-A.-G.
Verkaufsstelle Karlsruhe
Kaiserstraße 176, Eckhaus Hirschstraße.